

Wirtschaftschronik

1984

17. September: Zwischen den Vertretern des Bundes, der Länder und der Gemeinden wird ein neuer Finanzausgleich abgeschlossen. Er gilt für die Jahre 1985 bis 1988. Der Bund verzichtet auf Anteile an Steuereinnahmen zugunsten der Länder und Gemeinden. Die Länder senken die Landesumlage. Ferner erhöht der Bund verschiedene Transferzahlungen an Länder und Gemeinden. Insgesamt wird durch den neuen Finanzausgleich der Bund mit 2,35 Mrd. S belastet (Basis 1985), davon erhalten die Länder (ohne Wien) 0,85 Mrd. S und die Gemeinden (mit Wien) 1,50 Mrd. S

19. Oktober: Der Finanzminister legt dem Parlament den Bundesvoranschlag für 1985 vor. Er sieht Gesamtausgaben von 462,9 Mrd. S und Gesamteinnahmen von 368,7 Mrd. S vor. Der Bruttoabgang beträgt 94,2 Mrd. S, das Nettodefizit (nach Abzug der Finanzschuldtilgungen) 60,4 Mrd. S. Nach dem Voranschlag dürfte der Bundeshaushalt im Jahr 1985 annähernd konjunkturneutral wirken.

November: Die Ist-Löhne der Metallarbeiter werden um 4,8%, die Mindestlöhne um 6% erhöht. Für die Industrieangestellten werden die Ist-Gehälter um 4,8%, die Tarifgehälter um 5,3% bis 6,6% angehoben.

8. November: Der Nationalrat beschließt das Zweite Budgetüberschreitungsgesetz 1984. Es sieht Ausgaben von 6,6 Mrd. S vor. Sie werden durch Ausgaben-

rückstellungen in Höhe von 5,0 Mrd. S und Mehreinnahmen (einschließlich Rücklagenentnahmen) von 1,6 Mrd. S gedeckt. Es ergibt sich somit keine Erhöhung des Defizits.

12. Dezember: Der Nationalrat beschließt die 2. Novelle zum Bundesfinanzgesetz 1984. Als wichtigster Punkt wird die Überweisung von Überschüssen aus der Gebarung der Arbeitsmarktverwaltung an den Reservefonds nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz ermöglicht.

Ferner wird das Abgabenänderungsgesetz 1984 beschlossen. Wichtigste Punkte: Verlängerung der Geltungsdauer der Lohnsteuerkarten von drei auf fünf Jahre; Verlängerung des Verlustvortrags von fünf auf sieben Jahre; für Umweltschutzinvestitionen wird die Investitionsprämie auf 12% erhöht.

1985

Jänner: Die Gehälter der Handelsangestellten werden um 5,2%, mindestens aber um 465 S erhöht. Die Schemagehälter im öffentlichen Dienst werden um 4,7%, mindestens aber um 550 S angehoben.

1. Jänner: Der 7,5prozentige Satz der Zinsertragsteuer wird auf 5% gesenkt. Damit soll ein Beitrag zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Rentenmarktes geleistet werden, auf dem seit Einführung der Zinsertragsteuer zu Beginn des Jahres 1984 die Wertpapiernachfrage erlahmte.